



Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 30.07.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 08.07.2013, 13:30 Uhr bis 15:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Herr Helmut Jung, Vorsitzender CDU

Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Mevlüt Ekinci	KIM
Frau Antonella Giurano	Bunte
Herr Vedat Günes	Integration
Herr Turan Özkücük	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Efan Kara	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Claus-Ulrich Pröbß	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Herr Dr. Meinolf E. Sprengelmeier	Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie

Frau Gabriele von Dombois	Seniorenvertretung der Stadt Köln
---------------------------	-----------------------------------

Verwaltung

Frau Jolanta Boldok

entschuldigt

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker eröffnet die Sitzung und schlägt vor, aufgrund der entschuldigenden Abwesenheit des regulären Vorsitzenden Herrn Keltok und der Verhinderung der drei vertretenden Vorsitzenden, RM Herr Jung als ältestes Mitglied des Integrationsrates mit der Sitzungsleitung zu beauftragen. Das Gremium stimmt diesem Vorschlag zu.

RM Herr Jung übernimmt die Sitzungsleitung.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker berichtet kurz über die Eröffnung des Gebetsraums am Flughafen Köln-Bonn.

Der Vorsitzende Herr Jung bittet aus gegebenem Anlass IRM Herr Aydik, das Filmen der Sitzung des Integrationsrates mit seinem Smartphone sofort einzustellen. Bei der auf Wunsch von Herrn Aydik durchgeführten Abstimmung lehnen die Mitglieder des Integrationsrates eine Filmaufzeichnung der Sitzung mehrheitlich ab.

Die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker führt aus, dass die Eröffnungsfeier des Gebetsraums eine vom Flughafen organisierte Veranstaltung war. Im Integrationsrat war seinerzeit mitgeteilt worden, zur Eröffnung des Gebetsraumes zusätzlich zu den Mitgliedern des Rates der Religionen lediglich den Vorsitzenden des Integrationsrates Herrn Keltok und als weiteren Vertreter Herrn Aydik einzuladen.

IRM Herr Aydik kündigt für die Liste ‚Dein Köln‘ eine eigene Eröffnungsfeier für den Gebetsraum am Flughafen an, zu der er die Mitglieder des Integrationsrates dann einladen werde.

Zur Veranstaltung des Integrationsrates ‚Brandanschlag in Solingen 1993 – was geht uns das an?‘ berichtet IRM Herr Günes über das sehr große Publikumsinteresse und bedankt sich bei der Geschäftsführung des Integrationsrates für die gute Vorbereitung. Er berichtet vom spontan geäußerten Wunsch des Herrn Oberbürgermeister Roters an einer Sitzung des Integrationsrates teilnehmen zu wollen.

RM Herr Dr. Unna beschreibt die Veranstaltung als sehr gelungen und sehr gut besucht und kritisiert die Presseberichterstattung im Kölner Stadt Anzeiger.

IRM Herr Özkücü bezeichnet die Veranstaltung ebenfalls als sehr gut, hätte allerdings den wissenschaftlichen Beitrag weggelassen.

RM Frau Schmerbach schließt sich der Einschätzung ihrer Vorredner an und sieht die dringende Notwendigkeit das Thema weiter zu begleiten.

IRM Frau Giurano hebt hervor, dass sehr viele junge Besucher zur Veranstaltung gekommen sind.

Der Vorsitzende Herr Jung stellt die Tagesordnung vor und verweist auf den vorgelegten Ergänzungsantrag zu TOP 1.1.

Die TOP's 4.2. und 4.3 werden auf die nächste Sitzung verschoben und die vorliegende Tagesordnung beschlossen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln
4241/2012
- 2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 2.1 Türkische Schulbücher für den muttersprachlichen Unterricht in deutschen Schulen
2112/2013
- 2.2 Beantwortung von Anfragen zum Interkulturellen Maßnahmenprogramm von Herrn Zascke, Jugendhilfe und Schule e.V.
2253/2013
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 Anfrage zur interkulturellen Öffnung des Jobcenters
AN/0850/2013
- 4 Mitteilungen**
- 4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Mai 2013
2092/2013
- 4.2 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2012
2267/2013
- 4.3 Abschlußbericht Modellprojekt Bilinguale Angebote in städtischen Kindergärten
2170/2013
- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 5.1 Antrag auf Verabschiedung von Wahlprüfsteinen für die Kandidat/innen zur Bundestagswahl
AN/0796/2013

- 5.2 Antrag zur Finanzmittelplanung des Integrationsrates in 2013
AN/0862/2013

6 Berichte

- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

7 Beschlussvorlagen

- 7.1 Verwendung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren sowie der Mittel für Interkulturelle und Integrationsprojekte für die Jahre 2013 und 2014. Hierzu Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2013 unter Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität.
2050/2013

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

I. Öffentlicher Teil

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

1.1 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Bestandsaufnahme und Maßnahmen zur Förderung der Integration, der Vielfalt und des interkulturellen Zusammenlebens in Köln 4241/2012

RM Herr Helling sieht aufgrund der Verschiebung der Beschlussfassung in zwei mitberatenden Ausschüssen die Notwendigkeit einer Prüfung der Geschäftsordnung, ob im Rat eine abschließende Beschlussfassung zu verweigern ist.

Herr Helling begründet die Erfordernis der jetzigen Behandlung des vorgelegten Ergänzungsantrages, da dieser die Kernintentionen der verschiedenen Debatten in den Ausschüssen aufnimmt und die dort teilweise angesprochene Notwendigkeit einer zweiten Beratungsrunde zum Thema hat.

Mit einer ergänzenden Bearbeitung des Maßnahmenprogramms bis zum Frühjahr 2014, bei der dann auch eine ‚grobe Evaluierung‘ der Maßnahmen hinsichtlich ihrer Sinnhaftigkeit vorgelegt werden sollte, könnte in einer ‚zweiten Beratungsrunde‘ in den Ausschüssen, insbesondere auch im Hinblick auf die Haushaltsberatungen 2015, eine intensive Fachdiskussionen entstehen.

Der Vorsitzende RM Herr Jung weist auf die Dringlichkeit klarer Entscheidungen zur Vorbereitung der abschließenden Ratssitzung Ende Juli hin.

Die Verwaltung Frau Reker macht deutlich, dass das vorgelegte Maßnahmenprogramm die Ergänzung zum ‚Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ ist. Dieses Maßnahmenprogramm habe allerdings nicht in der gewünschten Vollständigkeit erarbeitet werden können, da man bei der Erstellung auf die Zuarbeit anderer Dienststellen angewiesen sei.

Eingehend auf den Wunsch nach einer verwaltungsseitigen Bewertung des vorgelegten Ergänzungsantrages führt Frau Reker aus, dass sie diesen grundsätzlich für sehr sinnvoll und gut halte. Allerdings könne eine Schließung der noch vorhandenen Lücken auch nur dann erfolgen, wenn von den anderen Dienststellen auch entsprechend geliefert werde. Gleichzeitig weist Frau Reker deutlich darauf hin, dass im Rat der Beschluss gefasst worden sei, wesentliche Teile des Personals im Interkulturellen Referat einzusparen und sie daher nicht zusagen könne, dass die im Antrag geforderten Arbeiten mit den derzeitigen personellen Ressourcen auch erfüllt werden könnten. Dasselbe gelte auch für eine zum Frühjahr 2014 dringend erforderliche Aktualisierung des Sachstandes im Maßnahmenprogramm.

RM Frau Mucuk würdigt das Maßnahmenprogramm als übersichtliche Darstellung integrativer Maßnahmen in Köln. Die von den meisten Ausschüssen gewünschte Priorisierung der Maßnahmen durch die Verwaltung, hält sie für nicht leistbar. Um dennoch eine Einschätzung von Maßnahmen möglich zu machen, sei ein externes Monitoring erforderlich; hierfür sei für den nächsten Haushalt die Bereitstellung von Finanzmitteln geplant. Eingehend auf die von Frau Reker beschriebenen fehlenden Personalressourcen äußert sie ihr volles Verständnis, hält allerdings die Überarbeitung des Maßnahmenprogramms im Sinne des Antrags für alternativlos um den Gesamtprozess nicht zu gefährden.

RM Frau Schmerbach bittet um die Berücksichtigung der im Gesundheitsausschuss gemachten Aussagen zur Vorlage.

RM Herr Detjen befürwortet den Ergänzungsantrag. Er regt an, dass seitens der Ausschüsse in einem zweiten Durchgang ‚gezielte‘ Beschlüsse zur Durchführung von Maßnahmen gefasst werden sollten.

Das beratende Mitglied Herr Prölß weist zu Ziffer 1 des Antrages darauf hin, dass die Lücken im Maßnahmenprogramm auch durch Mithilfe der Expertengruppen gefüllt werden könnten. Hierzu müssten diese konkret angesprochen werden. Zu Ziffer 2 macht Herr Prölß darauf aufmerksam, dass hierfür eine vorherige Bewertung der Maßnahmen und damit ein neues Beschlussfassungsverfahren erforderlich sei.

IRM Frau Giurano bittet darum, den Prozess der Bearbeitung und Umsetzung des Maßnahmenprogramms z.B. durch Broschüren o.ä. nach außen zu transportieren. Dies sei gerade auch für die Personen wichtig, die den Integrationsrat gewählt hätten. Die Verwaltung Frau Reker erwidert hierzu, dass eine Information über den aktuellen Stand des Maßnahmenprogramms aus ihrer Sicht seitens der Integrationsratsmitglieder selber nach außen transportiert werden müsse.

RM Herr Helling führt aus, dass der Integrationsrat das federführende Gremium bezüglich der Umsetzung und Weiterbehandlung sowohl des Integrationskonzeptes, als auch des Maßnahmenprogramms sei. Daher müsse der Integrationsrat dem Rat auch Vorschläge zur konkreten Umsetzung machen. Die jetzige Beschlussvorlage sehe lediglich eine Kenntnisnahme des Maßnahmenprogramms vor, mit dem Appell an die Verwaltung, neue Maßnahmen vorzuschlagen.

Kern des jetzt vorgelegten Ergänzungsantrages sei es diese Beliebigkeit bei der zukünftigen Weiterentwicklung des Maßnahmenprogramms durch einen bloßen ‚Appell‘ an die Verwaltung zu konkretisieren. Gemäß Antrag sollen in einem zweiten Durchlauf in den Ausschüssen im Frühjahr 2014 konkrete und in die Zukunft gerichtete gezielte Beschlüsse über die Fortsetzung, Einstellung oder Neuentwicklung von Maßnahmen gefasst werden.

Bei der unter Ziffer 1 beantragten Präsentation könne die Diversity Beauftragte beteiligt werden; bei den Überlegungen bezüglich einer Fortsetzung oder des Neubeginns von Maßnahmen könnten auch die Expertengruppen miteinbezogen werden.

IRM Herr Özkücük beklagt, dass sowohl im vorliegenden Maßnahmenprogramm als auch im Ergänzungsantrag nicht darauf eingegangen werde, dass auch neue Maßnahmen entwickelt werden müssten. Auch wenn für eine konkrete Umsetzung aktuell kein Geld bereit stünde, sei dies erforderlich. Herr Özkücük kritisiert die in der Beschlussvorlage verwendete Begrifflichkeit ‚auftragsgemäß‘, da ohne die Neuentwicklung von Maßnahmen der ursprüngliche Auftrag nicht abgearbeitet worden seien. RM Herr Helling erwidert hierzu, dass im vorliegenden Maßnahmenprogramm sehr wohl die von den Expertengruppen entwickelten neuen Maßnahmenempfehlungen mit aufgenommen worden sind.

Das beratende Mitglied Herr Dr. Sprengelmeier kritisiert die damalige Arbeitssituation der Expertengruppen und sieht die Dringlichkeit der ständigen Aktualisierung des Maßnahmenprogramms.

RM Herr Jung kündigt die Zustimmung seiner Fraktion zum vorliegenden Ergänzungsantrag an.

Die Verwaltung Frau Reker erläutert, dass die mittlerweile fehlende Aktualität des Maßnahmenprogramms aufgrund des unumgänglichen langwierigen verwaltungsinernen Mitzeichnungsverfahrens unter Einbeziehung aller Dezernate entstanden sei. Frau Reker sagt zu, bei der Umsetzung des geplanten Ergänzungsantrages ihr Bestes

zu tun, ohne hier allerdings aufgrund der oben beschriebenen Problematiken ein konkretes Versprechen geben zu können.

Der Ergänzungsantrag soll der Ratsvorlage angehängt werden.

Beschluss:

Das „Interkulturelle Maßnahmenprogramm“ wird als auftragsgemäße Bestandsaufnahme der aktuell bestehenden integrativen Arbeit im Bereich Migration in Köln zur Kenntnis genommen.

Für die Umsetzung neuer Maßnahmen, die mit der Zusetzung von Personal oder Finanzmitteln verbunden sind, sind gesonderte Entscheidungen der zuständigen politischen Gremien herbeizuführen.

Es gilt der grundsätzliche Vorbehalt der Finanzierbarkeit bei der weiteren Durchführung aller dargestellten Maßnahmen sowie der geplanten regelmäßigen Aktualisierung und Fortschreibung des ‚Interkulturellen Maßnahmenprogramms‘.

Mit der Kenntnisnahme des Rates ist die Erwartung an die Verwaltung verbunden, das Maßnahmenprogramm als Planungsgrundlage zu nutzen, um für das Handlungsfeld Integration im Rahmen der jeweils vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen geeignete Maßnahmen fortzuschreiben und weiterzuentwickeln.

Damit ist verbunden,

- die laufenden Maßnahmen innerhalb der Fachressorts regelmäßig hinsichtlich ihrer integrationsspezifischen Relevanz und Wirksamkeit zu überprüfen,
- die Vorschläge für neue Maßnahmen hinsichtlich der Relevanz und Umsetzungsmöglichkeiten zu bewerten,
- Kennzahlen zur Messung der Wirksamkeit aller durchgeführten Maßnahmen zu entwickeln.

Ergänzungsbeschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt bis spätestens zum Frühjahr 2014
 - die vorhandenen „Lücken“ im Sachstandsbericht des Maßnahmenprogramms zu füllen,
 - in den betroffenen Ausschüssen des Rates die jeweiligen Teile des Maßnahmenprogramms unter Beteiligung der Vertreterinnen und Vertreter des Kommunalen Integrationszentrums und Experten der jeweiligen Fachdezernate zu präsentieren. Dabei sollen Vorschläge bezüglich der Einstellung, der Fortsetzung oder dem Neubeginn von Maßnahmen gemacht werden.
2. Den Ausschüssen wird empfohlen, gezielt Beschlüsse zu fassen über
 - Maßnahmen die eingestellt werden können
 - Maßnahmen die in Zukunft weiter fortzusetzen sind
 - Maßnahmen die neu zu beginnen sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**2.1 Türkische Schulbücher für den muttersprachlichen Unterricht in deutschen Schulen
2112/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Antwort der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**2.2 Beantwortung von Anfragen zum Interkulturellen Maßnahmenprogramm von Herrn Zascke, Jugendhilfe und Schule e.V.
2253/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Antwort der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**3.1 Anfrage zur interkulturellen Öffnung des Jobcenters
AN/0850/2013**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor.

4 Mitteilungen

**4.1 aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Mai 2013
2092/2013**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.2 Netzwerk gegen häusliche Gewalt - Statistik 2012
2267/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

**4.3 Abschlußbericht Modellprojekt Bilinguale Angebote in städtischen Kindergärten
2170/2013**

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung verschoben.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

5.1 Antrag auf Verabschiedung von Wahlprüfsteinen für die Kandidat/innen zur Bundestagswahl AN/0796/2013

Nach kurzer Diskussion lässt der Vorsitzende Herr Jung über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt die folgenden Wahlprüfsteine an die Interkulturellen Zentren und Migrantenselbstorganisationen sowie Glaubensgemeinschaften wie z.B. Moscheevereine in Köln zu senden, mit der Bitte, ihre örtlichen Kandidat/Innen zur Bundestagswahl anzusprechen und mit ihnen die Prüfsteine und ihre Wünsche und Forderungen zu diskutieren.

1. Was bedeutet gelungene Integration für Sie?
2. Wie beurteilen Sie die Einführung eines Wahlrechts auf kommunaler Ebene für langjährig in Deutschland lebende Ausländer aus Nicht-EU-Ländern?
3. Wie stehen Sie zur Förderung der natürlichen Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund? Wie weit sollte diese Förderung gehen?
4. Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt, dass Rassismus bis in die Mitte unserer Gesellschaft vorgedrungen ist – welche Mittel halten Sie für wirksam, um dagegen vorzugehen und in welcher Form werden Sie sich gegen Rassismus einsetzen?
5. „Der Islam gehört zu Deutschland.“, so der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff – würden Sie dieser Äußerung zustimmen?
6. Bei einer Einbürgerung in Deutschland wird bei den meisten EU-Bürgern die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft problemlos akzeptiert. Diese Möglichkeit gibt es nicht für die größte und schon seit vielen Jahrzehnten in Deutschland lebende Gruppe der türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten. Wie stehen Sie dazu?

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

5.2 Antrag zur Finanzmittelplanung des Integrationsrates in 2013 AN/0862/2013

RM Herr Jung erklärt für seine Fraktion die Zustimmung.

RM Frau Laufenberg empfiehlt, das für die Homepage vorgesehene Geld für kleinere Projekte auszugeben und rät zur Schaltung eines Buttons auf der Homepage der Stadt Köln, unter dem dann ‚vernünftige‘ Seiten für den Integrationsrat gestaltet werden müssten.

RM Frau Mucuk erachtet einen Button auf der städtischen Homepage mit einem Verweis auf den Integrationsrat lediglich als Zusatz für sinnvoll. Sie empfindet die jetzige Darstellung des Integrationsrates auf der städtischen Homepage als sehr unübersicht-

lich und hält die Gestaltung einer eigenen Homepage für sinnvoll und notwendig und bittet den Antrag zu unterstützen.

IRM Herr Günes gibt weitere Erläuterungen zum Antrag des Integrationsrates und bittet um Unterstützung.

IRM Herr Ekinci verweist auf die Notwendigkeit einer eigenen Homepage im Hinblick auf die anstehenden Neuwahlen des Integrationsrates in 2014 und den damit verbundenen Möglichkeiten einer zeitgemäßen Bewerbung, z.B. durch Facebook.

Beschluss:

1. Der Integrationsrat beauftragt die Verwaltung auf der inhaltlichen Grundlage der beigefügten Unterlagen, verschiedene Angebote zur Gestaltung eines CI und einer Homepage für den Integrationsrat Köln in Höhe von max. 10.000,- € einzuholen. Eine abschließende Entscheidung über die Umsetzung bzw. Beauftragung erfolgt nach Vorliegen der Angebote im Herbst 2013.
Auf der städtischen Homepage soll ein Button zur Homepage des Integrationsrates eingestellt werden.
2. Der Integrationsrat beauftragt die Erstellung eines Videoclips (2 Min.) zur Einstellung auf die Homepage im Vorgriff auf die Neuwahlen in 2014 zum Thema ‚Aufgabe und Arbeit eines Integrationsrates‘ in Höhe von max. 3.000,- €
3. Der Integrationsrat beschließt die Aufstockung der Finanzmittel zur Durchführung der geplanten Klausurtagung in Höhe von 500,- € (auf dann 2.000,- €).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6 Berichte

6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Es liegen keine Berichte sachkundiger Einwohner/-innen aus den Ratsausschüssen vor.

6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Es liegt kein Bericht aus dem Landesintegrationsrat vor.

7 Beschlussvorlagen

7.1 Verwendung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren sowie der Mittel für Interkulturelle und Integrationsprojekte für die Jahre 2013 und 2014.

Hierzu Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2013 unter Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität.
2050/2013

Beschluss:

Der Integrationsrat rät dem Rat zu beschließen, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2013/2014, die in den HJ 2013 und 2014 veranschlagten Mittel für Interkulturelle Arbeit gemäß Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen wie folgt zu verwenden:

	<u>für 2013</u>	<u>für 2014</u>
I. Förderung der Interkulturellen Zentren	399.500 €	396.000 €
II. - Interkulturelles Flüchtlingszentrum „Fliehkraft“	73.300 €	73.300 €
- Therapiezentrum für Folteropfer und	35.700 €	35.700 €
- Aktionsprogramm gegen Gewalt	49.600 €	49.600 €
III. Antirassismus-Training und	10.000 €	10.000 €
„Menschen ohne Papiere“	17.700 €	45.000 €
IV. Interkulturelle und Integrationsprojekte (entsprechend der Förderung in 2011 und 2012 aus der Kulturförderabgabe)	14.500 €	14.500 €
V. Auslaufende Förderung (nur in 2013)		
- Lotsenprojekt	23.000 €	0 €
- Interkulturelle Woche	15.000 €	0 €
Gesamt:	<u>638.300 €</u>	<u>624.100 €</u>

Hierzu beschließt der Rat für das Haushaltsjahr (HJ) 2013 die überplanmäßige Bereitstellung von zahlungswirksamen Aufwand in Höhe von 45.900 € im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und interkulturelle Hilfen, bei Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20, Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Zur Kompensation der Mehraufwendungen in 2013 und zur Herstellung einer jahresübergreifenden Haushaltsneutralität werden im Haushaltsjahr 2014 im Teilergebnisplan 0504 Mittel in Höhe von 45.900 € eingespart.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit ist nicht vorgesehen.

9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Auf Nachfrage von IRM Herr Özkücük teilt die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage über die neu geplante Mittelverteilung im Bereich Förderung von Angeboten für ältere Migrantinnen/Migranten in 2013 und 2014 gemacht werden kann. Sobald eine Entscheidung gefallen sei, werde diese Information weitergegeben.

Auf Nachfrage von RM Frau Mucuk führt die Verwaltung Frau Beigeordnete Reker aus, dass die Stelle ‚Leitung der Punktdienststelle Diversity‘ extern und intern ausgeschrieben ist und die Auswahlgespräche nach den Sommerferien stattfinden sollen; die Stelle ‚Leitung des Kommunalen Integrationszentrums‘ und die Stelle der ‚Behindertenbeauftragten‘ sind intern ausgeschrieben und die Auswahlgespräche für Anfang August terminiert.

Auf Nachfrage von IRM Herrn Rempel erläutert der Vorsitzende Herr Jung das Verfahren einer Vergabe von Schulhallen und Bezirkssporthallen während der Ferienzeiten und rät bezugnehmend auf seine Fragen im Sport- bzw. Schulausschuss nachzufragen.

IRM Herr Aydik fragt nach, inwieweit die Verwaltung weiter die Ausstellung von Ausweisen verweigere. Der Vorsitzende Herr Jung kündigt hierzu eine Antwort der Verwaltung an.

Gez.:

Helmut Jung
Vorsitzender (in Vertretung)

Andreas Vetter
Geschäftsführer